

Bahnhof Gießen-Oswaldsgarten, 5.2.2006

Polizei Macht Tod

Finden Sie die Fehler!

2005: In Gießen jagen Polizisten wieder Menschen. Drei Jugendliche flüchten und verstecken sich auf den Bahngleisen. Ein Zug kommt und überrollt zwei von ihnen. Das Fass läuft über. In den Folgetagen entladen sich Wut und jahrelang aufgestaute Verbitterung durch soziale Ausgrenzungen in z.T. gezielt gegen Repressionsorgane (Polizei, Behörden) gerichtete, oft aber auch ungerichtete Krawalle. Tausende Autos sowie Polizeistationen und Supermärkte gehen in Flammen auf. Die Politik kennt nur eine Gegenwehr: Noch mehr Repression!

Auflösung

1. Fehler: Das Ganze geschah nicht in Gießen, sondern Paris.
2. Fehler: Die Jugendlichen flüchteten in eine Trafo-Station, zwei von ihnen wurden durch einen Stromschlag (Lichtbogen) getötet.
3. Fehler: In Gießen wäre Widerstand kaum vorstellbar – Politik, Presse, Justiz und Polizei bilden eine Einheit der Macht. Der Rest schläft ...

Warum Gießen?

Am 29.1.2006 geschah in Gießen ungefähr dasselbe, was 2005 in Paris vor sich ging. In Paris wurden Menschen von der Polizei gejagt, diese gerieten in Panik und brachten sich in Lebensgefahr. Sie starben. In Gießen wurde am 29.1.2006 ebenfalls ein Mensch durch die Straßen gejagt. Auch er geriet in Lebensgefahr und wurde getötet. Anders als in Paris wussten die Polizisten hier, was sie taten – und zögerten nicht, den gejagten Menschen weiter der Lebensgefahr auszusetzen.

Der Unterschied ist verheerend

Dass Polizei und Justiz neben dem Militär die größten kollektiv Gewaltausübenden sind, ist keine neue Erkenntnis. Verklärt

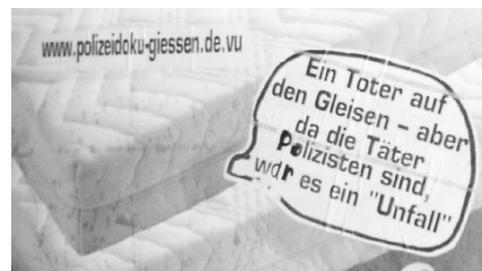
wird das (wie beim Militär) mit dem Kampf gegen das Böse, wobei die, die das so verklären, auch die sind, die definieren, was böse ist. Böse ist z.B., wenn mensch sich etwas zu essen klaut, um nicht zu verhungern. Oder keine Fahrkarte kauft, weil das Geld fehlt, aber mensch trotzdem mal in eine andere Stadt, Freundinnen oder Freunde besuchen will. Gut ist, wenn neue Gesetze mehr Armut schaffen, wenn neue Polizeieinheiten (wie gerade in Gießen) Arme aus der Innenstadt verdrängen und Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben werden.



In dieser Politik und in der Praxis von Repression sind Gießen und Paris gleich. Dramatisch unterschiedlich ist aber die Reaktion. In Gießen scheint kollektiver politischer Winterschlaf vorzuherrschen. Die Polizei treibt einen Menschen in den Tod. Etwas mehr als ein Jahr vorher hat sie einen Rentner bei der gewaltsamen Durchsetzung des Zwangsumzugs sogar erschossen. Kümmern tut das jedoch niemand. Veröffentlicht wird nur, was die Täter verkünden – sodann tritt die Stadt wieder in den kollektiven Winterschlaf. „Ich wünsche mir deutsche Verhältnisse“ sagte der Unternehmerchef von Italien kürzlich – und meinte damit die Menschen in Deutschland, die seit Jahrzehnten gewohnt sind, jede Scheiße widerstandslos hinzunehmen. Wenn Krieg ausbricht, gibt es ein paar Mahnwachen. Wenn Menschen eingesperrt oder abgeschoben werden (das passiert in Gießen täglich!), kräht kein Hahn danach. Und auch jetzt wieder, als ein Mensch durch der Polizeijagd stirbt, ist Ruhe angesagt: Die Medien schreiben treudoof die Version der Polizei in ihre Blätter. Sie selbst als kritisch fühlende politische Gruppen betreiben Regierungsbildung in Uni-Gremien oder schreiben Wahlprogramme für die kommende Beteiligung an der Macht.

Widerstand ist etwas anderes. Das müssen nicht Krawalle sein wie in Paris – gezieltere Störung der Ordnung und die Blockade von Macht wären wünschenswert. Aber Nichtstun ist definitiv kein Widerstand!

Abb.: Plakate in Gießen nach dem Tod am Oswaldsgarten.



Hintergrundinformation zum Ablauf der Dinge:

Tod durch Po

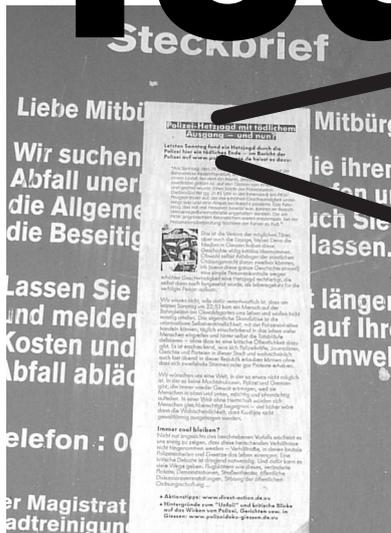


Abb.: Infozettel, erlebt in der Nähe des Tatortes. Text und weitere Berichte unter www.de.indymedia.org/2006/02/138112.shtml.

In Gießen definieren die Täter den Tatablauf...

Es klingt unglaublich: Ein Mensch kommt ums Leben. Die Personen, die den Tod verursacht haben könnten, können schon Minuten später die Tatabläufe definieren. Natürlich sind sie unschuldig und alles war ein Unglück. JournalistInnen fragen gar nicht erst nach, die Polizei sucht keine ZeugInnen und ermittelt lieber gar nicht. Warum? Ganz einfach: Die möglichen TäterInnen sind selbst bei der Polizei. Und die ermittelt nicht gegen sich selbst, die Staatsanwaltschaft deckt alles – und die Presse schreibt, was die Polizei sagt. Wie immer.

So war es in Gießen, als im September 2004 ein Rentner erschossen wurde. So ist es jetzt wieder, als ein Mensch auf der Flucht vor der Gießener Polizei stirbt. Das Geschehen scheint weder untersucht zu werden noch wurden unabhängige ZeugInnen bisher überhaupt gesucht. Das Ergebnis aber steht fest: „Am Sonntag, den 29.1.06, gg. 22.53 Uhr, kam es auf der Bahnstrecke Kassel-Frankfurt, in Höhe Hamstrastraße, zu einem Unfall, bei dem ein Mann, dessen Identität noch nicht zweifelsfrei geklärt ist, auf den Gleisen von einem Zug erfasst und getötet wurde. Einer Streife der Polizeistation Gießen-Süd fiel gg. 21.45 Uhr in der Innenstadt ein PKW Peugeot-Boxer auf, der mit erhöhter Geschwindigkeit unterwegs war und eine Ampel bei Rotlicht passierte. Das Fahrzeug, das mit drei Personen besetzt war, konnte im Bereich Westanlage/Bahnhofstraße angehalten werden. Die am PKW angebrachten Kennzeichen waren entstempelt, bei der Personalienüberprüfung flüchtete der Fahrer zu Fuß.“ Woher weiß mensch das alles? Es steht genau so in der Polizei-Pressemittlung. Die Medien, die über den Vorgang berichteten, druckten es teils wörtlich, teils gekürzt ab. Der Gießener Anzeiger schmückte das Drama so noch aus: Der Fliehende hätte „erheblichen“ Widerstand geleistet, der Zusatz war in den Informationen der Polizei gar nicht enthalten.

Bei einem kritischen Blick fallen sofort etliche Ungereimtheiten auf: Was ist mit den beiden anderen Insassen des Autos? Woher ist überhaupt sicher, dass die getötete Person auch der Fahrer war, wenn doch nicht einmal die Identität festgestellt war zu dem Zeitpunkt? Was ist „erhöhte Geschwindigkeit“ und welche ZeugInnen gibt es für die Durchfahrt bei „Rotlicht“? Welchen Status hatte der Algerier? Nicht-Deutsche haben in der bestehenden Abschieberepublik viele Gründe für erhebliche Ängste! Der Ausländerbeirat der Stadt Gießen hat das Ganze nicht einmal richtig regi-

striert – wer ist da gestorben, dass es niemanden interessiert und niemand Fragen stellt? Warum brach die Polizei die Verfolgung nicht spätestens dann ab, als klar war, dass der Verfolgte wegen ihrer Anwesenheit die Schienen nicht verließ? Warum finden sich in den Polizeimitteilungen keine Aufrufe an etwaige ZeugInnen, sich zu melden, wie es sonst üblicherweise der Fall ist?

In einer von der Polizeiführung dominierten Informationspolitik gibt es wenig Möglichkeiten, unabhängige Informationen zu bekommen. Daher ist es nicht möglich, die Aussagen der Polizei bereits als Lügen zu bezeichnen. Aber: Es ist ein Mensch gestorben. Wenn es ein Verschulden anderer daran gibt, kann es nur die Polizei sein. Wie aber kann es geschehen, dass ausgerechnet diese potentiellen Täter, die bei schuldhaftem Verhalten des Mordes angeklagt werden müssten, von allen (!) Medien und Agenturen als Lieferanten von Tatsachenbehauptungen angesehen werden?

Chancenlos: Das Justizsystem verhindert unabhängige Untersuchungen!

Die Abläufe des Dramas in der Nacht vom 29. auf den 30.1.2006 am Gießener Oswaldsgarten werden wahrscheinlich auf ewig ungeklärt bleiben, weil möglicherweise Mörder und ihre Vorgesetzten die Ermittlungen organisieren. Ihr Ziel wird in jedem Fall sein, so wenig Informationen wie möglich zu bekommen und noch weniger zu veröffentlichen. Die polizeinahe, von den gleichen Kreisen der hessischen Landesregierung beaufsichtigte und kontrollierte Staatsanwaltschaft Gießen wird wie üblich die Ermittlungen einstellen, wenn sich die Wogen geglättet haben. Auch wenn es absurd klingt, wird es so sein: Die Staatsanwaltschaft wird die Institution mit den Ermittlungen beauftragen, aus deren Reihen die möglichen Täter kommen. Die agierenden Polizisten in der dramatischen Nacht sind nur dann keine Täter im strafrechtlichen Sinn, wenn die Version der Polizei vom tragischen Unglücksfall mit voller Selbstverschuldung des getöteten Täters erhalten bleibt. Unter den aktuell herrschenden Bedingungen in der Justiz ist das der Normalfall. Eine Studie für das Land Berlin ergab kürzlich, dass nur in 0,4 Prozent aller Fälle, wo Polizisten im Verdacht standen, Straftaten begangen zu haben, eine Verurteilung erfolgte (Quelle: Junge Welt vom 19.01.2006).

Polizeiinsatz

Das Geschehen vom 29.1.2006 und die Tage danach!

Kein Einzelfall: Polizeimord auch im September 2004

Selbst in Gießen ist der Ablauf kein Einzelfall. Im September 2004 wurde ein Rentner von der Polizei erschossen. Damals hieß es, der Rentner hätte aus nächster Nähe auf die Beamten geschossen und diese hätten ihn aus Notwehr erschossen. Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen erwartungsgemäß ein. Die interessanten Fragen blieben offen: Warum hatte der Rentner mit keinem Schuß die doch nach Polizeiangaben direkt vor ihm stehenden Beamten getroffen, die Beamten aber ihre Schüsse sofort trotz viel weniger Vorbereitungszeit direkt in den Kopf des Rentners gezielt? Warum haben AnwohnerInnen nur soviel Schüsse gehört, wie von den Beamten abgefeuert wurden? Das und vieles mehr wird nie zu erfahren sein, denn in dieser Gesellschaft werden Ermittlungen nur von denen geführt, die in vielen Fällen von Gewaltanwendung und Straftaten die Täter sind – der Polizei.

Gießener Verhältnisse

Die Leichtigkeit, mit der die Polizei als Quelle aller Wahrheit in die Presse übernommen wird, ist vor allem in Gießen doppelt skandalös, denn hier wurde von unabhängigen Gruppen in den vergangenen Jahren minutiös untersucht, wie Polizei, aber auch Staatsanwaltschaft und Gerichte selbst Beweise fälschten, Strafanzeigen gegen Angehörige von Polizei und Regierungen verschleppten und sogar z.B. Fotos vernichteten oder einen Brandsatz erfanden, um unerwünschte Personen kriminalisieren zu können. Ermittlungen zu solchen Vorgängen hat die Gießener Staatsanwaltschaft immer abgelehnt, gerichtliche Überprüfungen lehnten die Gerichte ab. Die Ergebnisse der umfangreichen Untersuchungen sind in zwei Dokumentationen veröffentlicht worden – ohne Wirkung, wie der neueste Vorgang zeigt. Die Polizei, längst mehrfach der gezielten Fälschung und Lüge überführt, gilt immer noch als glaubwürdige Quelle. Dabei spielen auch die Medien selbst eine erhebliche Rolle. Über den Tod des von der Polizei Gejagten berichtete z.B. für den Gießener Anzeiger der Pro-Polizei-Vorstandsfunktionär Lamberts, für die Gießener Allgemeine der stadtregerungsnahe Ressortchef Guido Tamme, der schon mal in einem Kommentar forderte, dass Obdachlose die Bänke in städtischen Parks nicht benutzen dürften.

Zuspitzung autoritärer Politik

Seit Jahren wird mit gefälschten Statistiken und dem vermeintlich überall lauerndem Terror Angst geschürt. Die „gefühlte Kriminalität“ wächst ständig, während die tatsächlichen Gewaltverbrechen wie Vergewaltigung, Mord usw. zurückgehen. Zuspitzungen gibt es meist nur dort, wo staatliche Gewalt zunimmt und in der Folge Menschen Perspektiven verlieren – z.B. durch Armut, Diskriminierung als Nichtdeutsche oder durch Haftstrafen. In Gießen findet zunehmend mehr Gewalt durch die neue Sonderpolizeiinheit in der Innenstadt statt. Vertreibungen und Säuberungen werden ungeniert als Erfolge dargestellt wie durch den Pro-Polizei-Funktionär Lamberts im Gießener Anzeiger: „Die verstärkten Kontrollen und die deutliche Polizeipräsenz in der Innenstadt tragen offensichtlich Früchte. ... Die Szene ist weitgehend aus der Innenstadt verdrängt worden ... Am 16. September hatte Polizeipräsident Manfred Schweizer und Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann das Konzept „Einsatzgruppe Innenstadt“ vorgestellt. Seitdem wurden 900 Personen kontrolliert, 292 Platzverweise erteilt, 166 Ordnungswidrigkeitsanzeigen überwiegend nach der städtischen Gefahrenabwehrverordnung erstattet und zahlreiche Strafverfahren wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz eingeleitet.“

Wer die Politik der letzten Jahre aufmerksam verfolgt, wird abschätzen können, das hier nur die Anfänge einer autoritären Zuspitzung zu beobachten sind, die aber schon jetzt für viele Menschen unvorstellbare Härten beinhaltet. Protest und weitergehend Widerstand, d.h. das Verhindern der Ausdehnung von Überwachung und Terrorisierung vieler Personenkreise durch Ordnungsstrukturen der Stadt und des Staates sind nicht nur im Interesse der betroffenen Menschen nötig, sondern nach der hessischen Verfassung auch geboten. Dort heißt es deutlich: „Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht.“ Die Justiz selbst aber wird bei der Verwirklichung dieses Gedankens nicht helfen, da sie Teil derselben Regierung ist, die auch Ordnungskräfte und –apparate befehligt. Daher werden das die Menschen selbst in die Hand nehmen müssen.

Dokumentation aller bisher bekannten Vorgänge zum Tod am Oswaldsgarten und Links zu den erwähnten Studien 2004 und 2005 unter

Aktionen?

Gießen ist nicht Paris. Von der Wut getriebene Krawalle können zudem nur schwer verdeutlichen, worum es geht. Oft folgen solche Aktionen nur der Logik „Nach oben buckeln, nach unten treten“, d.h. sie treffen die Falschen.

Umverteilung von Reichtum. Sicherheitsglas und Sicherheitsleute trennen viele von den Einkaufszentren der Privilegierten. Zwangssysteme der Marke Hartz IV. Abschiebung. Kontrolle. Innenstadt-Polizei bei der Jagd auf Obdachlose und andere Unerwünschte. Haftstrafen für Oppositionelle. Es gibt viel Angriffspunkte für Widerstand: Die Herrschenden und ihre Institutionen!

Ziel der Mächtigen ist es, die Opfer ihrer Politik gegeneinander aufzubringen: Verarmte Deutsche schimpfen auf Nicht-Deutsche, AnwohnerInnen regen sich über Obdachlose auf, BürgerInnen über politischen Protest. Die Regierenden lachen sich ins Fäustchen.

Schluss damit. Macht Macht ... kaputt!

Aktionsideen gegen Sicherheitswahn

Kreativer Widerstand kann ein Mittel sein, um auf den Strassen von Giessen zu thematisieren, wofür die Logik "Innerer Sicherheit" steht und dass eine ganz anderes Miteinander ohne Kontrolle und Ausgrenzung möglich wäre. Ein paar Ideen dokumentieren wir hier:



Sie haben Informationen?

Wenn Sie Zeuge oder Zeugin der Vorgänge geworden sind oder sonst was wissen, erfahren ... wenden Sie sich nicht oder nicht nur an Polizei und Staatsanwaltschaft. Deren Geschäft ist, zu vertuschen – oder was glauben Sie, warum die nicht selbst nach Zeugnissen suchen? Nötig wäre eigentlich eine Initiative gegen Polizei- und Justizwillkür in Gießen. Wer Kontakt sucht oder Wissen zu dem ganzen Fall hat, ist eingeladen, sich in der Projektwerkstatt zu melden unter 06401/903283 oder saasen@projektwerkstatt.de. Wir können dann auch gern einen Termin verabreden, wem das Telefon zu unsicher ist.

- ★ An verschiedenen Stellen Infoplakate anbringen, die völlig durchgeknallte Regeln aufstellen ... auf Toiletten ("Urinieren mit mehr als zwei Personen untersagt", "Nur für KundInnen der Läden ..."), Bushaltestellen ("Benutzen der Sitzmöglichkeiten nur mit gültigem Fahrausweis"), Schaufenster ("Längeres Stehen vor Schaufenstern untersagt") usw. Und auch Orte und Stellen kennzeichnen, an denen wildes Plakatieren oder Lagern erlaubt ist, z.B. mit weißer Farbe Zonen in der Innenstadt schaffen, wo "unnormales" Verhalten ok ist
- ★ Aufkleber auf Müllkörbe u.ä. anbringen ("Dieser Müllleimer wird videoüberwacht", "Um das Wühlen in Papierkörben zu unterbinden bitten wir Sie, Ihren Müll zu zerkleinern")
- ★ Fakes (Fälschungen) in Form von Postwurfsendungen, Plakate u.ä., die die Forderungen der autoritären Hardliner "überholen" und so den Unmut der Menschen auf Funktionäre und bürokratische Apparate lenken ...
- ★ Öffentlich angekündigte Drink-, Sleep oder Wühl-Ins durchführen oder z.B. Klettertrainings an städtischen Gebäuden ankündigen
- ★ Zollstöcke mitnehmen zum Hundeleinen messen
- ★ Als selbsternannte Sonderpolizei-Truppe durch die Innenstadt ziehen und überall Verwarnungen an Menschen aussprechen, die zu dritt trinken, auf Parkbänken sitzen usw.
- ★ Im Seltersweg die Menschen zum zweiseitigen Gehen oder Anstellen vor Kiosken bringen ... Mittelstreifen einzeichnen und ständig Verhaltenshinweise geben ... "Abstand von Schaufenstern wahren", "Weiter gehen ... Sie stehen den Umsätzen im Weg" ...
- ★ Mit seriös wirkender Kleidung "Teach-Ins" in der Innenstadt durchführen, z.B. Trainings für "normgerechtes Trinken" oder angepasstes Gehen
- ★ Neben Müllleimern weitere Boxen ("Wühleimer") aufstellen mit der Aufschrift "Verwertbare Sachen hier einwerfen"
- ★ Plakatwände umfunktionieren: Durch kleine Veränderungen können kommerzielle Werbeflächen subversiv genutzt werden - denkbar sind Spruchblasen, die sich über die Gefahrenabwehrverordnung oder den autoritären Staat lustig machen ("Ich bin verboten", "Dank der Gefahrenabwehrverordnung ist wildes Plakatieren jetzt verboten") oder dazu aufrufen, sich der herrschenden Ordnung zu widersetzen.

Interesse an Aktionstrainings? - saasen@projektwerkstatt.de, 06401-903283